

BEITRÄGE ZUM DISKURS

MAINSTREAMING DECOLONIZE!

WIE PRÄGEN KOLONIALE
KONTINUITÄTEN UNSER
WIRTSCHAFTSSYSTEM?

Scan Me



Impulse der BER-Fachtagung
„Mainstreaming
Decolonize! Zwischen
kolonial geprägtem Wirtschaftssystem
und dekolonialer Stadtpolitik“
vom 22. Juni 2023

INHALT

Vorwort des BER 4

Koloniale Kontinuitäten
im Wirtschaftssystem
(Einführung) 5

Zur Verflechtung von
kapitalistischer
Ausbeutung und Rassismus 6

Afrikanische Freihandels-
zone – ein Schritt in eine
dekolonisierte Zukunft? 8

Bewusstsein über
koloniales Erbe: die
deutsch-namibischen
Beziehungen 11

Koloniale
Kontinuitäten im
Währungssystem 9

Koloniale Kontinuitäten
in Migrations- und Arbeits-
marktpolitik: Ökonomische
Einflüsse auf die
Staatsbürger*innenschaft 10

Koloniale Kontinuitäten
als Inkohärenz zwischen
Politikfeldern am Beispiel
feministischer Außen- und
Entwicklungspolitik 11

Zur Kolonialität der
Brückenfunktion von
Diasporagemeinschaften 14

Zur Kolonialität
der SDGs 13

Schlussbetrachtung
des BER 15

Danksagung 17

BER-Selbstverortung
in Dekolonisierungs-
prozessen 16

Impressum 18

VORWORT DES BER

Als entwicklungspolitische Akteur*innen analysieren wir Ursachen für globale Ungerechtigkeit und tragen gemeinsam mit Partner*innen dazu bei, dass sie bekämpft werden. Dabei ist Kolonialismus unter *weißer* europäischer Vorherrschaft für uns eine Ursache für globale Ungerechtigkeit. Durch die Verbreitung kolonialrassistischer Ideologien etablierte das koloniale Projekt Strukturen, die auch heute noch als ungerechte Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf unterschiedlichen Ebenen wirksam sind. Insbesondere im Wirtschaftssystem manifestieren sich koloniale Kontinuitäten in Ausbeutungsstrukturen. Sie sind zugleich durch Rassismus, Kapitalismus und das Patriarchat geprägt.

Der BER versteht Dekolonisierung als einen Prozess und eine entwicklungspolitische Strategie der machtkritischen Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen des Kolonialismus. Dafür bringen wir Fachkreise aus unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern und Verantwortungsbereichen zusammen, die die umfassende Präsenz kolonialer Strukturen in unserer Gesellschaft aufzeigen.

In der BER-Broschüre *Mainstreaming Decolonize! Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik* (2022) werden koloniale Kontinuitäten in globalen Zusammenhängen – wie rassistische Denk- und Handlungsmechanismen – sichtbar und Wege aufgezeigt, wie wir diese aufbrechen können. Als entwicklungspolitischer Akteur auf kommunaler Ebene steht der BER vor zentralen Fragen: Wie können wir Berlin dekolonisieren und zu einer gesellschaftlichen Transformation zu mehr globaler Gerechtigkeit beitragen? In welcher Weise sind Kolonialismus, Kapitalismus und Rassismus miteinander verwoben? Inwieweit ist eine intersektional-feministische Kolonialismuskritik unabdingbar? Und welche Verantwortung trägt Berlin gegenüber den ländlichen Regionen in seiner Umgebung? Antworten zu diesen Fragen haben wir auf der BER-Fachtagung am 22. Juni 2023 mit Fokus auf Wirtschafts- und Stadtpolitik diskutiert.

Unser herzlicher Dank gilt allen Teilnehmenden der BER-Fachtagung, die durch ihre Diskussionen wertvolle Beiträge geleistet haben. Ein besonderer Dank gebührt dem Moderationsteam und den Panelist*innen, die ihre Kenntnisse und Expertise großzügig mit uns geteilt haben. Unser aufrichtiger Dank gilt auch unseren Partner*innen in den Bündnissen, die uns vertrauen und diese Initiative nachhaltig unterstützen. Die in dieser Publikation präsentierten Impulse und Strategien können dazu beitragen, die Dekolonisierung weiter voranzutreiben.

KOLONIALE KONTINUITÄTEN IM WIRTSCHAFTSSYSTEM (EINFÜHRUNG)

Die Fachtagung ordnet sich ein in die politischen sowie Reflexions- und Veränderungsprozesse des BER hin zu einem rassismuskritischen Akteur in der Entwicklungspolitik. Zudem entstand die Veranstaltung im Kontext der BER-Publikation *Mainstreaming Decolonize! Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik* und richtete sich an einen Fachkreis aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Auf diese Weise bot die Fachtagung eine Plattform für eine Auseinandersetzung mit diesen Themen und einen Vernetzungsraum für unterschiedliche Akteur*innen.

In dieser Online-Publikation (Veranstaltungsdokumentation) greifen wir auf Impulse vom ersten Panel der BER-Fachtagung zu kolonialen Kontinuitäten im Wirtschaftssystem von den Sprecher*innen Bafta Sarbo (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, ISD), Dolly Afoumba (Initiative Perspektivwechsel, Philipps-Universität Marburg), Naita Hishoono (Namibia Institute for Democracy, NID), Dr. Boniface Mabanza Bambu (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, KASA), Serge Palasie (Eine Welt Netz NRW) und den beiden Moderator*innen Kira Bouaoud und Vincent Bababoutilabo zurück. Das Wissen, welches mit uns geteilt wurde, geben wir hier weiter, wir kennzeichnen es und erweitern es an manchen Stellen, um einen Beitrag zur Vertiefung von Dekolonisierungsdiskursen zu leisten.

ZUR VERFLECHTUNG VON KAPITALISTISCHER AUSBEUTUNG UND RASSISMUS

Die Auswirkungen des kolonialen Erbes auf das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem in einer Zeit, in der der formale Kolonialismus als beendet gilt, stehen im Fokus dekolonialer Analysen: Die Anhäufung des Reichtums in Europa war nicht ein Prozess, der mit Sparsamkeit und Rationalität der ersten Kapitalisten zusammenhing, sondern durch gewaltsame Enteignung begründet wurde. In Europa wurde unter anderem Gemeindeigentum in Privateigentum überführt, Landbevölkerungen wurden enteignet und unter zum Teil lebensgefährlichen Bedingungen zur Lohnarbeit gezwungen.

Während sich die europäischen Klassengesellschaften durch bürgerliche Rechte wie die Menschenrechten stabilisiert, galten diese für die Kolonisierten nicht. Außerhalb Europas wurden durch Plünderung, Versklavung und Raubmorde Werte geschaffen, die nach Europa zurückflossen und sich hier in Kapital verwandelten. Obwohl der Kapitalismus in den 1960er Jahren in eine globale Ära eintrat und sich die industrielle Produktion verstärkt in den Globalen Süden verlagerte, blieb die Arbeit im Globalen Süden oft unsichtbar. Heute arbeiten mehr Menschen in Fabriken als je zuvor, vor allem im Globalen Süden. Rassismus soll genau das rationalisieren. Er dient dazu, Ausbeutung und Unterdrückung zu rechtfertigen und eine Vorstellung von einer Welt zu schaffen, in der die globale Arbeitsteilung als Resultat natürlicher biologischer oder kultureller Unterschiede angesehen wird. Dies schafft eine Realität, die bestimmte Bevölkerungsgruppen „von Natur aus“ als arbeitende Klasse betrachtet. Im Sinne des Neokolonialismus setzt sich die Herrschaft über die ehemaligen Kolonien z.B. durch ökonomische Abhängigkeiten, Verschuldung, politische Bevormundung und militärische Interventionen fort. Zum Beispiel werden durch EU-Subventionen für Fleischüberproduktion die lokalen Bäuer*innen in afrikanischen Regionen benachteiligt. Weil staatliche Subventionen auf Lebensmittel, z.B. im Sudan, auf Druck der Weltbank in den 80er Jahren aufgehoben wurden, verstärkt sich die Armut im Globalen Süden.

Die Debatte um die Aufarbeitung des Kolonialismus in Deutschland zeigt die politisch-wirtschaftlichen Interessen im postkolonialen Zeitalter. Deutschland stärkt seine Beziehungen zu Nigeria durch die Rückgabe der Benin-Bronzen aus strategischen Gründen. Als zweitgrößte Volkswirtschaft nach Südafrika und größter Ölproduzent auf dem afrikanischen Kontinent ist Nigeria als Energielieferant für Deutschland im Kontext der Energiekrise interessant, zudem nimmt es eine prowestliche Position ein. Es braucht daher einen umfassenden Dekolonisierungsansatz, der nicht nur kulturelle Aspekte berücksichtigt, sondern die grundlegenden postkolonialen Strukturen des Kapitalismus hinterfragt. Unter Bezugnahme auf Walter Rodney

und Frantz Fanon darf der soziale Kampf um Eigentumsverhältnisse und die Gesellschaft nicht vom politischen Kampf getrennt werden.

„Der Kolonialismus ist zwar in fast allen Ländern formal beendet worden, aber die Herrschaft über postkoloniale Staaten wird fortgesetzt. Diese Beziehungen sind durch ökonomische Abhängigkeit, politische Bevormundung und militärische Interventionen gekennzeichnet. Deshalb darf Kolonialismus nicht nur als Frage der historischen Aufarbeitung und der kulturellen Praxis verstanden werden. Da der Kapitalismus auf einen imperialistisch organisierten Weltmarkt angewiesen ist, werden sich die post- und neokolonialen Herrschaftsverhältnisse nur mit ihm abschaffen lassen.“

Bafta Sarbo
Sozialwissenschaftlerin und
Aktivistin bei der
Initiative Schwarze Menschen
in Deutschland

AFRIKANISCHE FREIHANDELS- ZONE – EIN SCHRITT IN EINE DEKOLONISIERTE ZUKUNFT?

Die Afrikanische Freihandelszone (engl. African Continental Free Trade Area, AfCFTA) besteht seit 2018. Das Abkommen wurde von der Afrikanischen Union initiiert, um den inner-afrikanischen Handel zu befördern. Auf diesem Weg soll Afrika stärker am globalen Welt- handel teilhaben. Kritiker*innen sehen in ihrer aktuellen auf Liberalisierung des Handels fixierten Ausrichtung einen Triumph des „Afro-Liberalismus“, der kapitalistische Ideen in Afrika salonfähig macht und den eigentlichen Geist des Panafricanismus als Solidarität von Menschen afrikanischer Herkunft verdrängt. Für eine kontinentale Integration von unten müsste die Reihenfolge der Schritte anders gesetzt werden. Priorität sollten Maßnahmen genießen, die die Produktivität und die Konnektivität der Länder des Kontinents erhöhen: Infrastrukturen für Energie, Transport, Industrie, Landwirtschaft, Ausbildungssysteme etc. Zudem müssten mit dem Abbau der Zölle nach innen, Schutzmechanismen nach außen implementiert werden.

Wenn einzelne Länder oder Regionen mit ausländischen Partner*innen eigene Abkommen aushandeln, die koloniale Kontinuitäten in Form von verfestigenden Abhängigkeits- verhältnissen aufweisen, funktioniert die Idee des gemeinsamen Handelns nicht mehr. Exemplarisch hierfür ist das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der Europäischen Union und Kenia von April 2023. Dieses Abkommen gefährdet die Regional- integration in Afrika. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Implementierung der Panafricanischen Freihandelszone von der Beratung westlicher Entwicklungsagenturen begleitet wird, die Interesse an der Fortsetzung kolonialer Verhältnisse und nur die Konkurrenz mit China im Blick haben. Die eigentlichen Expert*innen, die auf dem Kontinent mit eigenem kleinem Kapital produzieren und jetzt schon grenzüberschreitenden Handel praktizieren, bleiben außen vor.

*„Die Logik der Ausrichtung afrikanischer Volkswirtschaften auf ausländische Nutznießer*innen ist auch nach der formalen Unabhängigkeit der Länder des Kontinents intakt geblieben. Lediglich die Formen haben sich geändert. Die Plünderung afrikanischer Ressourcen wird mittels unausgewogener Verträge mit Großkonzernen und Auflagen internationaler Finanzinstitutionen fortgesetzt.“*

Dr. Boniface Mabanza Bambu
Koordinator der Kirchlichen
Arbeitsstelle Südliches Afrika
(KASA)

*Reparationen als Neubeginn. Notwendigkeit
ökonomischer Dekolonisierung*

In: Mainstreaming Decolonize! Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik (2022), Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag e.V. (BER)

KOLONIALE KONTINUITÄTEN IM WÄHRUNGSSYSTEM

Koloniale Kontinuitäten im Währungssystem manifestieren sich auf verschiedene Weisen. In vielen ehemaligen französischen Kolonien verwenden die Länder zwar dieselbe Währung und Frankreich stellt Devisen zur Verfügung, aber es existiert keine wirtschaftliche Souveränität. Ein Beispiel hierfür ist der Franc CFA, der ausschließlich in ehemaligen französischen Kolonien im Umlauf ist. Er ist an den Euro gekoppelt und nur Frankreich kann ihn auf- oder abwerten. Entscheidungen der europäischen Zentralbank über den Euro betreffen dann auch 150 Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent. Die ehemalige Kolonialmacht verlangt von den afrikanischen Ländern Devisen, und 40% dieser Devisen müssen als Reserve auf einem Konto bei der französischen Zentralbank liegen. Koloniale Kontinuitäten wirken auch in den Zentralbanken von Zentralafrika und Westafrika nach. Dort haben Vertreter*innen der französischen Regierung ein Vetorecht und entscheiden, welche Kredite und Investitionen von den Banken gewährt werden. Das zeigt, dass Frankreich immer noch starken Einfluss auf die Währung und die wirtschaftlichen Entscheidungen afrikanischer Länder hat und die kolonialen Strukturen aufrechterhalten bleiben.

„Versklavung und Kolonialisierung haben Auswirkungen auf heutige Machtverhältnisse und haben sich tief in die Gewohnheiten der Menschen eingegraben. Sie haben überdauert und treten heute in neuen Formen auf. Koloniale Kontinuitäten bedrohen das Prinzip der Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts, insbesondere der afrikanischen Menschen. Ich spreche von der Souveränität im Ausdruck des Feminismus, von der Souveränität im Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.“

Dolly Katiutia Alima Afoumba
Doktorandin im Fachbereich
Geschichte an der Philipps-
Universität Marburg

***Afrofeminismus Dekoloniale
Perspektiven im Feminismus***
In: Mainstreaming Decolonize!
Koloniale Kontinuitäten in
der Entwicklungspolitik (2022),
Berlin

KOLONIALE KONTINUITÄTEN IN MIGRATIONS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK: ÖKONOMISCHE EINFLÜSSE AUF DIE STAATSBÜRGER*INNENSCHAFT

Die europäische und deutsche Migrationspolitik wird stark durch Arbeitsmarktpolitik bestimmt. Diese Form des Migrationsmanagements zielt darauf ab, qualifizierten Fachkräften die Einwanderung nach Deutschland zu ermöglichen und andere Migrationsformen einzuschränken. Dabei ist der Erwerb der Staatsbürger*innenschaft zum Beispiel an ökonomische Faktoren gebunden. Dadurch erlangen privilegierte Personen eher die Staatsbürger*innenschaft, während es für Menschen auf der Flucht oder mit Recht auf Asyl schwieriger geworden ist. Viele Geschehnisse an den Außengrenzen der EU sind ein Ausdruck dieser Politik. Sie dient als Werkzeug für die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland.

„Wer verwertbar ist für kapitalistische Industrie darf kommen und leben und wer es nicht ist, wird sterben gelassen.“

Es werden aber auch Arbeitskräfte im Globalen Süden abgeworben, was zur Abwanderung von Fachkräften (brain drain) führt. Selbst Personen, die illegal migriert sind, werden politisch gewollt und in illegalisierter Form in die informellen Sektoren des Arbeitsmarktes integriert. In Branchen wie der Bauindustrie werden Gewinne durch den Einsatz illegalisierter Arbeitskräfte aufrechterhalten. Fluchtmigration ist somit politisch und ökonomisch Teil des komplexen Gefüges. Auf diese Weise wird Migrationspolitik zu einem Instrument, das aktiv schwierige Lebensbedingungen und Unrecht.

Vincent Bababouilabou
Musiker, Autor und abolitionis-
tischer Organizer an der
Schnittstelle zwischen Kunst,
Wissenschaft und Politik

BEWUSSTSEIN ÜBER KOLONIALES ERBE: DIE DEUTSCH-NAMIBISCHEN BEZIEHUNGEN

Seit nunmehr sieben Jahren verhandeln (politische) Akteur*innen das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia. Deutschland vermeidet den Begriff der „Reparationen“. Stattdessen bietet die ehemalige Kolonialmacht eine öffentliche Entschuldigung an. Als Alternative zu Reparationszahlungen schlägt Deutschland die Zahlung von Geldern der Entwicklungszusammenarbeit vor: Über einen Zeitraum von 30 Jahren ist eine Summe von 1,3 Milliarden Euro vorgesehen. Dabei sollte der Fokus auf Restitutionen liegen, die eine Form von Reparationszahlungen darstellen. Diese Zahlungen könnten erste Schritte sein, die allerdings unwirksam sind, wenn weiterhin eine (kolonial geprägte) globale Finanzstruktur beibehalten wird. Dekolonisierung erfordert eine Veränderung der makroökonomischen Strukturen.

Während der Kolonialzeit in Namibia bestand die wirtschaftlich stärkste Gruppe aus etwa 14.000 deutschsprachigen Siedler*innen. Viele Siedler*innen leben nach wie vor auf Ländereien, die einst nach dem Genozid an den Ova Herero und Nama enteignet wurden. Ein Teil von ihnen profitiert immer noch vom deutschen Tourismus, der täglich hunderte von Menschen anzieht. Deutsche Einflüsse sind allgegenwärtig: deutsches Bier, Brötchen, Schulen, Radio, Zeitungen oder das Goethe-Institut. Die deutschsprachige Gruppe in Namibia verfügt u.a. über einen deutschen Pass und bezieht Dienstleistungen wie Bafög oder Rente etc. Während der Visaerhalt für einen Besuch in Deutschland an umständliche Bedingungen geknüpft ist, können deutsche Staatsangehörige jederzeit nach Namibia einreisen. Es ist von großer Bedeutung, dass Berliner*innen, Deutsche und Europäer*innen sich ihres kolonialen Erbes bewusstwerden. Dazu gehört die Notwendigkeit, sich mit der gemeinsamen Geschichte auseinanderzusetzen. Eine Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit kann dazu beitragen, ein tieferes Verständnis zu entwickeln. Städtepartnerschaften bieten eine Gelegenheit, Bildung im globalen Kontext anzubieten und zum Beispiel Menschen aus Namibia die Möglichkeit zu geben, den Deutschen ihre eigene Geschichte näherzubringen.

„Colonialism in itself is an economically exploitative system, that distracts from the colony to benefit the colonialisers. Climate change shows who gets to foot the bill of over-industrialisation, over production and over consumption. Let's have an honest conversation on our interdependency. An honest conversation on who lives at whose costs.“

Naita Hishoono
geschäftsführende Direktorin
des **Namibia Institute for
Democracy (NID)**

No restorative Justice Widersprüche im deutsch-namibischen „Versöhnungsabkommen“ (Interview mit Sima Luipert, Joyce Muzengua und Sarah Imani), In: Mainstreaming Decolonize! Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik (2022), Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER)

KOLONIALE KONTINUITÄTEN ALS INKOHÄRENZ ZWISCHEN POLITIKFELDERN AM BEISPIEL FEMINISTISCHER AUSSEN- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Neokoloniale Dynamiken in der Wirtschaftspolitik sorgen für Inkohärenz zwischen verschiedenen Politikfeldern, deren Inhalte und konkrete Maßnahmen sich dann widersprechen können. Zum Beispiel haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Auswärtige Amt Strategien für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik aufgelegt. Diese enthalten intersektionale, postkoloniale und antirassistische Perspektiven. Sie gehen von einem Veränderungs- und Lernprozess aus und erkennen die Kritik an einem universellen Verständnis von Feminismus an. Damit greifen die Strategien auch dekoloniale Diskurse auf. Beide Ministerien setzen sich für einen ressortübergreifenden Austausch ein, betonen aber auch, dass die Strategie nicht für andere Ministerien gilt.

Doch wie glaubwürdig ist eine feministische Außen- bzw. Entwicklungspolitik ist, wenn sie nicht kohärent mit der (Außen-)Wirtschaftspolitik ist? Als Gedankenanstöße dienen folgende Beispiele: In westafrikanischen Ländern gibt es ein Frauen-Netzwerk namens „We Are the Solution“, und im südlichen Afrika existiert die Initiative „The Rural Women Assembly“. Diese Ökofeministinnen engagieren sich gegen transnationale Konzerne, die die Agrarproduktion durch die Kontrolle von Saatgut, Pestiziden und Düngemitteln beeinflussen wollen und damit die Ernährungssouveränität gefährden. Konzerne und ihre schädigenden Aktivitäten bleiben von einer feministischen Strategie damit unberührt. Und auch die Anwerbung von Pflegekräften in Brasilien durch Deutschland wirft Fragen auf. Da es insbesondere junge Frauen und Mütter sind, die ihre Familien verlassen: Ist dies mit den propagierten feministischen Prinzipien vereinbar? Die Praxis zeigt ein Ungleichgewicht, besonders wenn es um deutsche Interessen geht.

ZUR KOLONIALITÄT DER SDGS

Das Problem mit den 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen liegt in ihrer Unfähigkeit, sich aus der Dilemma-Logik des Westens zu befreien. Diese Logik besteht darin, dass der Westen seit seiner Entstehung auf der einen Seite ökonomisches Wachstum verfolgt, während er auf der anderen Seite moralische Interessen proklamiert und eine philanthropische Rhetorik anwendet. Obwohl einige Menschen im Westen diese Werte als Philosophie leben, ist Philanthropie strukturell gesehen oft nur Beiwerk. Die Umsetzung von Philanthropie im Westen erfolgte oft auf Kosten sogenannter „Anderer“, was als „Geburtsfehler des Westens“ betrachtet werden kann. Während Werte wie Demokratie und Individualismus entstanden, wurden gleichzeitig viele Menschen im Interesse wirtschaftlichen Wachstums versklavt.

Die SDGs sind seit ihrer Verabschiedung 2015 nicht in der Lage gewesen, sich aus dieser Dilemma-Logik zu befreien, die den Westen aus dem Mittelalter katapultiert hat. Sie haben es nicht geschafft, ökonomisches Wachstum und moralische Werte überzeugend miteinander zu vereinen. Zudem sehen die SDGs keine durchsetzbaren Sanktionen vor, wenn sie missachtet werden. Der Vermögensaufbau steht über allem anderen. Um wirkliche Veränderungen zu erreichen, müssen alternative Wirtschaftskonzepte entwickelt werden, bei denen Wachstum nicht an erster Stelle steht. Erst dann wird die Bekämpfung von Ungleichheiten und Staatenunterschieden mehr als eine Worthülse.

„Die Wachstumslogik – seit dem transatlantischen Versklavungshandel Grundlage für den Aufstieg einer christlich-abendländisch dominierten Welt – wird von den SDGs nicht angetastet. Dadurch wurde die Gelegenheit versäumt, sich aus einer Logik zu befreien, in der ökonomischer Profit regelmäßig negative soziale und ökologische Folgen rechtfertigt.“

Serge Palasie
Fachpromotor Entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Fokus Afrika beim Eine Welt Netz NRW

Koloniale Kontinuitäten als SDG-Bremse? Wurzeln globaler Ungerechtigkeit

In: *Mainstreaming Decolonize! Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik* (2022), Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER)

ZUR KOLONIALITÄT DER BRÜCKENFUNKTION VON DIASPORAGEMEINSCHAFTEN

In der Entwicklungspolitik dominiert eine romantisierte Vorstellung von Diasporagemeinschaften als Brückenbauer, die teils zu wirkungslosen Projekten führen. Zu kritisieren ist zum Beispiel ein Projekt des Auswärtigen Amts, bei dem Mitglieder der afrikanischen Diaspora in ihren Herkunftsländern erklären, dass eine Migration nach Deutschland nicht notwendig ist, da die Situation nicht so positiv ist, wie oft angenommen. Beim Bau einer Brücke sollen also auch Faktoren beseitigt werden, die die Stabilität der Brücke gefährden könnten.

Darüber hinaus gibt es Brücken, die es zu überwindenden gilt, z.B. die der Bevormundung und Instrumentalisierung des afrikanischen Kontinents. Diese Brücken erzeugen eine falsche Wahrnehmung. Nämlich die Vorstellung, dass aus dem Westen heraus Menschen in afrikanischen Ländern über Themen wie Feminismus oder Entwicklungspolitik aufgeklärt werden müssten. Dies reproduziert koloniale Wahrnehmungen. Es gilt, diese Brücken zu zerstören, um Raum für authentische Verbindungen zu schaffen – Brücken der Menschlichkeit, Brücken des ubuntu-Gedankens.

*Wir bleiben Brückenbauer
Koloniale Kontinuitäten im
Umgang mit Migrant*innen und
BIPoC (Paulino José Miguel)*
In: Mainstreaming Decolonize!
Koloniale Kontinuitäten in der
Entwicklungspolitik (2022), Ber-
liner Entwicklungspolitische
Ratschlag e.V. (BER)

SCHLUSSBETRACHTUNG DES BER

Um Dekolonisierungsprozesse weiter voranzubringen und zu einer dekolonisierten Zukunft beizutragen, braucht es den Austausch zwischen Akteur*innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie die Zusammenarbeit in Bündnissen. Dabei ist die Verbindung von Kapitalismus- und Rassismuskritik innerhalb von Dekolonisierungsprozessen nötig, um Rassismus als stabilisierenden Faktor von wirtschaftlicher Ausbeutung zu identifizieren und beides zu bekämpfen.

Die hier vorliegenden Impulse führen Beispiele von kolonialen Kontinuitäten in der Wirtschaft auf und zeigen die Verknüpfung zu anderen Politikfeldern, wie der Migrations-, Arbeitsmarkt- oder Währungspolitik auf. Koloniale Kontinuitäten verstärken die Inkohärenz von Politikhandeln, sie stehen im Widerspruch insbesondere zu einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik. Da diese – wie die SDGs – in der Wachstumslogik verhaftet bleiben, sind sie nicht mit den proklamierten moralischen Werten in Einklang zu bringen.

Wirtschaftliche Interessen einiger Weniger waren ein grundlegender Ausgangspunkt für den europäischen Kolonialismus. Gerade aus diesem Grund ist die Beschäftigung damit, insbesondere für zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Dekolonisierung thematisieren, so bedeutsam – auch wenn die Komplexität des (globalisierten) Wirtschaftssystems zur Überforderung führen kann, vor allem, weil es wenig Alternativen und Hebel zu Veränderungen zu geben scheint.

In diesem Sinne laden wir die Leser*innen ein, mit uns gemeinsam Handlungsoptionen für eine transformierte Stadt zu identifizieren. Hierfür veranstalten wir am 20. September 2024 die ganztägige Konferenz [„24/7 - BER-Konferenz Berlin Global Gerecht - Gemeinsam die Stadt verändern“](#). Globale Gerechtigkeit bildet die Grundlage, um den aktuellen Herausforderungen wie der Demokratiekrise, dem Ökozid und der Dominanz des ökonomischen Systems über alle anderen Sphären zu begegnen. Unser Anspruch ist es, 24 Stunden lang an sieben Tagen in der Woche Globale Gerechtigkeit zu adressieren und Themen rund um translokale Ansätze der Basisdemokratie, Dekolonisierung, fairen Ökonomie, gleichberechtigten und vielfältigen Süd-Nord-Partnerschaften in der Stadtgesellschaft zu verankern.

BER-SELBSTVERORTUNG IN DEKOLONISIERUNGS- PROZESSEN

Als entwicklungspolitischer Akteur der Berliner Zivilgesellschaft setzt sich der BER für globale Gerechtigkeit ein. Dazu setzen wir in der Stadt an, in der wir leben und arbeiten: Berlin. Dafür braucht es die Kraft einer starken Zivilgesellschaft. Im Wissen um die Grenzen von Entwicklungspolitik und in kritischer Haltung zum Entwicklungsnarrativ unterstützen wir breite Bündnisse und bringen die globale Perspektive auf Dekolonisierung ein.

Was können wir hier in Berlin tun? Was sind Impulse für eine gesellschaftliche Transformation Berlins aus dekolonialer Perspektive? Mit unserer Arbeit befördern wir das Verständnis für die Verwobenheit von unterschiedlichen Kämpfen gegen soziale und globale Ungerechtigkeit.

Auch vor dem Hintergrund der Gefahr einer Instrumentalisierung von Dekolonisierung und dem teils inflationären Gebrauch dieses Begriffes, sollte immer wieder reflektiert werden, welche Gefahren und Herausforderungen damit zusammenhängen. Um diesem Anspruch und unserer Verantwortung als Akteur aus dem Globalen Norden ein Stück gerechter zu werden, verorten wir uns selbst als Organisation.

*Wir identifizieren uns als machtkritische Akteur*innen der Entwicklungspolitik, die sich der anhaltenden Wirkung der kolonialen Welteinteilung bewusst sind, auch darüber wie dies Ungleichheiten reproduziert. Obwohl wir versuchen kritische Reflexion anzuregen, gleichzeitig selbst Teil des kolonialrassistischen Systems sind und davon profitieren, nutzen wir den Begriff „Entwicklungspolitik“, um diejenigen anzusprechen, die sich darunter verorten.*

DANKSAGUNG

Wir bedanken uns bei all denjenigen, die zu der BER-Fachtagung „Mainstreaming Decolonize: Zwischen kolonial geprägten Wirtschaftssystem und dekolonialer Stadtpolitik“ am 22. Juni 2023 beigetragen haben.

Sie ist nachzuschauen im Stream unter <https://www.youtube.com/watch?v=AipoWVE3po4>

Wir bedanken uns bei Jak Rollhäuser für die schriftliche Dokumentation der Fachtagung.

Die BER-Broschüre Mainstreaming Decolonize! Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik (2022) ist online zu bestellen unter <https://eineweltstadt.berlin/publikationen/broschuere-mainstream-decolonize/>

An die Panelist*innen, Moderator*innen und Übersetzerinnen

- ▶ Dolly Afoumba, Doktorandin Philipps Universität Marburg, Bildungsreferentin Initiative Perspektivwechsel e.V. und Journalistin
- ▶ Kwesi Aikins, Menschenrechtsaktivist, Doktorand, Co-Autor Afrozensus, Mitglied ISD
- ▶ Marianne Ballé Moudoumbou, Diplom-Dolmetscherin, PAWLO-Masoso e.V.
- ▶ Kira Bouaoud, Aktivistin, Juristin und angehende Sozialarbeiterin
- ▶ Vincent Bababoutilabou, Musiker, Autor und abolitionistischer Organiser an der Schnittstelle zwischen Kunst, Wissenschaft und Politik
- ▶ Dr. Ibou Diop, Projektleitung „Erinnerungskonzept Kolonialismus für Berlin“
- ▶ Renée Eloundou, Kulturwissenschaftlerin und Ko-Leitung Decolonize Berlin
- ▶ Nataly Han, Vorstandsvorsitzende Koreaverband
- ▶ Naita Hishoono, geschäftsführende Direktorin Namibia Institute for Democracy (NID) und Sozialpolitologin, deren Teilnahme durch das BER-Mitglied SODI (Solidaritätsdienst international e.V.) initiiert wurde. Beide Organisationen arbeiten zusammen in der Entwicklungszusammenarbeit und in der politischen Bildungsarbeit.
- ▶ Ji Ye Josephine Lee, Konferenzdolmetscherin
- ▶ Dr. Boniface Mabanza Bambu, Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) Trainer für Antirassismus und Internationale Zusammenarbeit
- ▶ Fatumah Musa Afrah Geschäftsführerin United Action Women and Girls e.V., Fachpromotorin für gerechtes Wirtschaften und nachhaltigen Konsum
- ▶ Serge Palasie, Fachpromotor Entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Fokus Afrika beim Eine Welt Netz NRW
- ▶ Bafta Sarbo, Sozialwissenschaftlerin, Autorin und Vorstand Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD)

IMPRESSUM

Redaktion Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER)



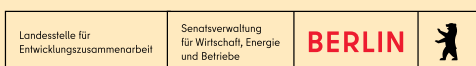
Der BER ist ein Netzwerk von mehr als 120 entwicklungspolitischen Gruppen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Berlin für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der BER bietet eine Plattform zum Austausch und zur Qualifizierung der entwicklungspolitischen Arbeit. Er setzt sich gegenüber der Berliner Landespolitik für ein zukunftsfähiges Berlin in einer globalisierten Welt und für eine starke Zivilgesellschaft ein. Der BER steht für die »Eine Welt Stadt Berlin«: Sie ist die Vision von einer nachhaltigen Stadt in einer gerechten Welt. An dieser Vision arbeiten wir gemeinsam mit den Berliner*innen und dem Land Berlin. Wir denken Landesentwicklungspolitik neu: weg von der Entwicklung Anderer hin zu einer Veränderung unserer Stadt.

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER e.V.)

Am Sudhaus 2, 12053 Berlin
 E: info@eineweltstadt.berlin
 W: www.eineweltstadt.berlin
 V.i.S.d.P.: Sylvia Werther (BER)

Das Projekt wird gefördert von

und von Engagement Global mit Mitteln des



Redaktion BER

Sina Aping (Projektleitung),
 Alexander Schudy und Sylvia Werther

Design

visual intelligence
www.visual-intelligence.org

Für die Inhalte der Publikation ist allein der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.